

# Wirtschaftsgipfel Tokyo

Treffen der Staats- und Regierungschefs  
vom 4. bis 6. Mai 1986

## Erklärung von Tokyo Einer besseren Zukunft entgegen

Tokyo, 5. Mai 1986

1.

Wir, die Staats- und Regierungschefs der sieben großen Industrienationen und die Vertreter der Europäischen Gemeinschaft, tief verwurzelt in den Kulturen Europas und Asiens, haben unsere Zusammenkunft in Tokyo zum Anlaß genommen, den Blick über das jetzige Jahrhundert hinaus auch auf das kommende zu richten. Im Bewußtsein der Gemeinsamkeit unserer Grundsätze und Zielsetzungen und unserer Stärke sehen wir der Zukunft vertrauensvoll entgegen.

2.

Unsere gemeinsamen Grundsätze und Zielsetzungen, die wir auf früheren Gipfeltreffen bekräftigten, beginnen Früchte zu tragen. Die Völker um den Pazifik befinden sich dank freien Handels und Austauschs sowie gründend auf der reichen Vielfalt ihres Erbes in dynamischer Blüte. Die Länder Westeuropas, zumal die Mitglieder der Europäischen Gemeinschaft, stehen in gedeihlichem Aufschwung, indem sie ihre Zusammenarbeit auf neue Ebenen heben. Die Länder Nordamerikas, durch europäische und asiatische Kultur gleichermaßen bereichert, stehen fest zu ihrer Verpflichtung zur freien Verwirklichung der Fähigkeiten des Menschen. Überall in der Welt sehen wir die mächtige Anziehungskraft der Demokratie und der wachsenden Erkenntnis, daß persönliche Initiative, schöpferische Kraft des einzelnen und soziale Gerechtigkeit die Hauptquellen des Fortschritts bilden. Mehr denn je müssen wir alle unsere Kräfte bündeln für die Suche nach einer sichereren und kraftvolleren, zivilisierteren und reicherer, einer freien und friedvollen Welt. Wir glauben, daß die enge Partnerschaft Japans, Nordamerikas und Europas dazu einen bedeutsamen Beitrag leisten wird.

3.

Wir bekräftigen unser gemeinsames Bekenntnis zur Wahrung und Stärkung des Friedens und, als Teil dieser

Anstrengung, zum Aufbau eines stabileren und konstruktiveren Verhältnisses zwischen Ost und West. Jeder von uns ist zur Zusammenarbeit in Bereichen gemeinsamen Interesses bereit. Innerhalb der bestehenden Bündnisse ist jeder von uns entschlossen, eine starke und glaubhafte Verteidigung zu erhalten, die der Freiheit Schutz bieten und die Aggression abschrecken kann, ohne indes die Sicherheit anderer zu bedrohen. Wir wissen, daß sich der Friede nicht allein durch militärische Stärke bewahren läßt. Jeder von uns ist bestrebt, Differenzen zwischen Ost und West durch den Dialog auf hoher Ebene und durch Verhandlungen abzubauen. Zu diesem Zweck tritt jeder von uns für ausgewogene, substantielle und nachprüfbare Reduzierung der Rüstungshöhe, für Maßnahmen zur Kräftigung des Vertrauens und Minderung der Konfliktrisiken sowie für die friedliche Beilegung von Streitigkeiten ein. Eingedenk der Abmachung zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion, die Arbeit in Genf zu beschleunigen, würdigen wir die Verhandlungsbemühungen der Vereinigten Staaten und rufen die Sowjetunion zu positiver Verhandlungsführung auf. Neben diesen Bemühungen wollen wir auf eine bessere Achtung der Rechte des einzelnen in der ganzen Welt hinwirken.

4.

Wir erklären unsere Überzeugung, daß in der heutigen, immer interdependenten werdenden Welt unsere Länder ohne Stabilität und Wohlstand in den Entwicklungsländern und ohne eine diesen Zielen dienende Zusammenarbeit unter uns Stabilität und Wohlstand nicht auf Dauer werden bewahren können. Wir verpflichten uns erneut zum Kampf gegen Hunger, Krankheit und Armut, damit auch die

## Inhalt

### Wirtschaftsgipfel Tokyo

Erklärung von Tokyo Einer besseren Zukunft entgegen	425
Erklärung über die Auswirkungen des Kernreaktorunfalls von Tschernobyl	426
Erklärung zum Internationalen Terrorismus	426
Wirtschaftserklärung von Tokyo	427
Erklärung des Bundeskanzlers zum Abschluß des Wirtschaftsgipfels	430

Entwicklungsländer ihren ganzen Beitrag zum Aufbau einer gemeinsamen und guten Zukunft leisten können.

5.

Wir sind den kommenden Generationen eine gesunde Umwelt und eine an geistigen wie materiellen Werten reiche Kultur schuldig. Wir sind entschlossen, den Drogenmißbrauch international wirksam zu bekämpfen und auszuschalten. Wir bekennen uns dazu, gemeinsam auf eine Welt hinzuarbeiten, die den Menschen in seiner Vielfalt der Begabungen, Glaubensbekenntnisse, Kulturen und Traditionen achtet. In einer solchen, auf Frieden, Freiheit und Demokratie fußenden Welt können die Ideale der sozialen Gerechtigkeit verwirklicht und Beschäftigungschancen für alle eröffnet werden. Wir müssen das Potential von Wissenschaft und Technik weise nutzen und durch Zusammenarbeit und Austausch ihren Nutzen mehren. Wir haben die feierliche Pflicht, die nächste Generation so heranzubilden, daß sie jene Schöpferkraft beflügelt, die dem einundzwanzigsten Jahrhundert gemäß ist, und ihr die Wertvorstellung eines Lebens in Freiheit und Würde zu vermachen.

## Erklärung über die Auswirkungen des Kernreaktorunfalls von Tschernobyl

Tokyo, 5. Mai 1986

1.

Wir, die Staats- und Regierungschefs der sieben großen Industriestaaten und die Vertreter der Europäischen Gemeinschaften, haben die Auswirkungen des Unfalls im Kernreaktor von Tschernobyl erörtert. Wir sprechen den Betroffenen unsere tiefe Anteilnahme aus. Nach wie vor sind wir insbesondere zu medizinischer und technischer Hilfe bereit, soweit wir darum gebeten werden.

2.

Die Kernkraft ist, und bei richtiger Handhabung bleibt sie, eine immer breiter genutzte Energiequelle. Für jedes Land stellt die Gewährleistung der Sicherheit eine internationale Verantwortung dar, und jedes Land, das Kernenergie erzeugt, ist für die Sicherheit von Planung, Bau, Betrieb und Instandhaltung seiner Anlagen voll verantwortlich. Jedes unserer Länder erfüllt anspruchsvolle Sicherheitsnormen. Des weiteren ist jedes Land für eine prompte Bereitstellung eingehender und vollständiger Informationen über nukleare Notsituationen und Unfälle verantwortlich, insbesondere, wenn mit ihnen mögliche grenzüberschreitende Konsequenzen einhergehen. Jedes unserer Länder akzeptiert diese Verantwortung, und wir fordern die Regierung der Sowjetunion, die dies im Fall von Tschernobyl unterließ, dringend zur Lieferung solcher Informationen auf, wie unsere und andere Länder sie erbeten haben.

3.

Wir nehmen befriedigt zur Kenntnis, daß die Sowjetunion in dieser Woche zu Gesprächen mit dem Generaldirektor der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) bereit ist. Wir erwarten, daß diese Gespräche zu einer

Beteiligung der Sowjetunion an der erwünschten nachträglichen Analyse des Unfalls führen werden.

4.

Wir begrüßen und ermutigen die Bemühungen der IAEO, die internationale Zusammenarbeit mit Bezug auf die Sicherheit von Kernanlagen, die Bewältigung von Kernunfällen und ihren Folgen und die Bereitstellung gegenseitiger Nothilfe zu verbessern. In Fortführung der einschlägigen IAEO-Richtlinien treten wir nachdrücklich für die baldige Ausarbeitung einer internationalen Übereinkunft ein, in der sich die Vertragsparteien zur Berichterstattung und zum Informationsaustausch im Falle nuklearer Not-situationen oder Unfälle verpflichten. Dies sollte binnen denkbar kurzer Frist geschehen.

## Erklärung zum Internationalen Terrorismus

Tokyo, 5. Mai 1986

1.

Wir, die Staats- und Regierungschefs von sieben großen Demokratien und die Vertreter der Europäischen Gemeinschaften, die wir hier in Tokyo versammelt sind, bekräftigen mit allem Nachdruck unsere Verurteilung des internationalen Terrorismus in allen seinen Formen, seiner Komplizen und aller, auch der Regierungen, die ihn finanzieren und unterstützen. Wir verabscheuen die sprunghafte Zunahme des Terrorismus seit unserer letzten Zusammenkunft und vor allem seine eklatante und zynische Anwendung als Instrument der Regierungspolitik. Der Terrorismus hat keinerlei Rechtfertigung. Er breitet sich nur durch Einsatz verabscheuungswürdiger Mittel aus, wobei er den Wert des menschlichen Lebens, der menschlichen Freiheit und Würde mißachtet. Er muß schonungslos und kompromißlos bekämpft werden.

2.

In der Erkenntnis, daß die anhaltende Bekämpfung des Terrorismus eine Aufgabe ist, der sich die gesamte Völkergemeinschaft stellen muß, verpflichten wir uns zu größtmöglichen Anstrengungen im Kampf gegen diese Geißel. Der Terrorismus muß durch entschlossenes, ausdauerndes sachgerechtes und geduldiges Handeln wirksam bekämpft werden, wobei nationales Vorgehen und internationale Zusammenarbeit Hand in Hand gehen müssen. Darum fordern wir alle gleichgesinnten Völker zur Zusammenarbeit mit uns auf, insbesondere in internationalen Gremien wie den Vereinten Nationen, der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation und der Internationalen Seeschiffahrts-Organisation, deren Sachverstand dazu dienen soll, Gegenmaßnahmen gegen den Terrorismus und diejenigen zu verbessern und auszuweiten, die ihn finanzieren oder unterstützen.

3.

Wir, die Staats- und Regierungschefs, haben vereinbart, in einschlägigen Gremien den Informationsaustausch über aktuelle und potentielle Bedrohungen aus terroristischen Betätigungen und seitens derer, die sie finanzieren und

unterstützen, sowie über Mittel und Wege zur Verhinderung solcher Bedrohungen zu vertiefen.

4.

Wir nennen nachstehende Maßnahmen, die jeder darum bemühten Regierung offenstehen, um internationalen Terroristen die Mittel und Möglichkeiten zur Erlangung ihrer Ziele zu verwehren und jene auszumachen und abzuschrecken, die terroristische Gewalttaten begehen. Wir haben beschlossen, diese Maßnahmen im Rahmen des Völkerrechts und innerhalb unseres eigenen Hoheitsbereichs gegenüber jedem Staat anzuwenden, der offenkundig an der Finanzierung oder Unterstützung des internationalen Terrorismus beteiligt ist, und insbesondere gegenüber Libyen, bis dieser Staat seine Komplizenschaft mit diesem Terrorismus oder dessen Unterstützung aufgibt. Die Maßnahmen sind:

- Weigerung, Waffen in Staaten auszuführen, die den Terrorismus finanzieren oder unterstützen;
- strikte Begrenzung der Größe diplomatischer und konsularischer Vertretungen und anderer amtlicher Stellen solcher Staaten im Ausland, die sich entsprechend betätigen, Reisebeschränkungen für Mitglieder solcher Vertretungen und Stellen, sowie – wo dies angezeigt erscheint – eine radikale Reduzierung oder sogar die Schließung solcher Vertretungen und Stellen;
- Verweigerung der Einreise für alle Personen, einschließlich diplomatischen Personals, die aus einem unserer Staaten wegen des Verdachts der Teilnahme am internationalen Terrorismus ausgewiesen oder ausgeschlossen oder eines solchen terroristischen Verbrechens überführt worden sind;
- verbesserte Auslieferungsverfahren gemäß den ordentlichen Verfahren des innerstaatlichen Rechts, um jene vor Gericht zu stellen, die solche terroristische Gewalttaten verübt haben;
- strengere Einreise- und Sichtvermerksanforderungen und -verfahren für Staatsangehörige von Staaten, die den Terrorismus finanzieren oder unterstützen;
- engstmögliche bilaterale und multilaterale Zusammenarbeit von Polizei und Sicherheitsorganen und weiterer zuständiger Behörden bei der Terrorismusbekämpfung.

Jeder von uns verpflichtet sich zur Mitwirkung in den geeigneten internationalen Gremien, denen wir angehören, damit entsprechende Maßnahmen von möglichst vielen anderen Regierungen verabschiedet und verwirklicht werden.

5.

Wir werden bei der Förderung der Zielsetzungen dieser Erklärung und der Prüfung weiterer Maßnahmen eng zusammenarbeiten. Wir sind uns einig, der Bonner Erklärung von 1978 bei der Bewältigung aller die zivile Luftfahrt bedrohenden Formen des Terrorismus zu größerer Wirksamkeit zu verhelfen. Wir sind bereit, weitere Vorgehensweisen in internationalen Organisationen oder Gremien, die sich zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus in all seinen Formen eignen, bilateral wie multilateral zu fördern.

## Wirtschaftserklärung von Tokyo

Tokyo, 6. Mai 1986

1.

Wir, die Staats- und Regierungschefs der sieben großen Industriestaaten und die Vertreter der Europäischen Gemeinschaften haben bei unserem Treffen in Tokyo zum zwölften Wirtschaftsgipfel die Entwicklung der Weltwirtschaft seit unserer letztjährigen Zusammenkunft in Bonn geprüft und unsere unveränderte Entschlossenheit bekundet, durch Zusammenarbeit den Wohlstand und das Wohlergehen unserer eigenen Völker zu erhalten und zu verbessern, die Entwicklungsländer bei ihren Bemühungen um Wirtschaftswachstum und Wohlstand zu unterstützen und das Funktionieren des Weltwährungs- und Handelssystems zu verbessern.

2.

Seit unserer letzten Zusammenkunft spiegeln die Entwicklungen die Wirksamkeit der Politik wider, zu der wir uns auf den Gipfelkonferenzen der vergangenen Jahre verpflichtet haben. Die Volkswirtschaften der Industrieländer gehen nunmehr in ihr viertes Jahr des Aufschwungs. In allen unseren Ländern ist die Inflationsrate gesunken. Bei anhaltend maßvoller Fiskal- und Währungspolitik hat dies eine wesentliche Senkung der Zinssätze ermöglicht. Die Wechselkursstruktur hat sich erheblich verändert und entspricht mehr den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. In den Industrieländern und überhaupt in der Weltwirtschaft trägt die neuerliche Ölpreissenkung zur Festigung des inflationsfreien Wachstums und zur Steigerung des Welthandelsvolumens bei, trotz der Schwierigkeiten, die sie gewissen erdölerzeugenden Ländern bereitet. Insgesamt eröffnen diese Entwicklungen günstigere Aussichten für die Zukunft der Weltwirtschaft und stärken das Vertrauen darauf.

3.

Indessen steht die Weltwirtschaft immer noch vor einer Reihe schwieriger Probleme, die die Dauerhaftigkeit des Wachstums beeinträchtigen könnten. Hierzu gehören hohe Arbeitslosigkeit, große interne und externe Ungleichgewichte, Ungewißheit hinsichtlich des künftigen Verhaltens der Wechselkurse, anhaltender protektionistischer Druck, fortdauernde Schwierigkeiten vieler Entwicklungsländer und schwere Schuldenprobleme einiger sowie die Ungewißheit der mittelfristigen Aussichten hinsichtlich der Höhe der Energiepreise. Läßt man große Ungleichgewichte und andere Verzerrungen zu lange anhalten, so bedrohen sie immer mehr das Weltwirtschaftswachstum und das offene multilaterale Handelssystem. Ein Nachlassen der Anstrengungen können wir uns nicht leisten. Bei der Gestaltung unserer Politik müssen wir mittel- und langfristige denken und die Wechselwirksamkeit und den strukturellen Charakter der derzeitigen Probleme berücksichtigen.

4.

Wir betonen die Notwendigkeit der Verwirklichung einer wirksamen Strukturanpassungspolitik in allen Ländern und

sämtlichen Bereichen der Wirtschaftstätigkeit, damit das Wachstum, die Beschäftigung und die Integration der Volkswirtschaften in die Weltwirtschaft vorangetrieben werden. Zu dieser Politik gehören technische Innovation, Anpassung der Industriestruktur und Expansion von Handel und Auslands-Direktinvestitionen.

5.

In jedem unserer Länder kommt es entscheidend darauf an, strenge Ausgabendisziplin in angemessen mittelfristiger finanz- und währungspolitischer Perspektive zu üben. Einige Länder weisen weiterhin übermäßige Haushaltsdefizite auf, die die betroffenen Regierungen fortschreitend abzubauen entschlossen sind.

6.

Seit unserem letzten Treffen haben wir bei der Schaffung neuer Arbeitsplätze zum Ausgleich für die Neuzugänge von Arbeitskräften einige Erfolge zu verzeichnen, doch blieb die Arbeitslosigkeit in vielen unserer Länder übermäßig hoch. Ein inflationsfreies Wachstum ist nach wie vor der größte Einzelfaktor bei der Eingrenzung und Senkung der Arbeitslosigkeit, muß jedoch von einer Politik gestützt werden, die die Arbeitsplatzbeschaffung insbesondere in neuen und hochtechnischen Industrien und in Kleinbetrieben fördert.

7.

Gleichzeitig ist eine enge und ständige Koordinierung der Wirtschaftspolitik zwischen den sieben Gipfelländern wichtig. Wir begrüßen die jüngsten Beispiele einer verbesserten Koordinierung zwischen der Gruppe der Fünf Finanzminister und Zentralbankpräsidenten, die zu einer Veränderung des Wechselkursgefüges und zur Senkung der Zinsen auf einer geordneten und inflationsfreien Grundlage beigetragen hat. Wir stimmen jedoch darin überein, daß zusätzliche Maßnahmen getroffen werden sollten, um die Verfahren für eine wirksame internationale Koordinierung der Wirtschaftspolitik weiter zu stärken. Zu diesem Zweck haben die Staats- und Regierungschefs

- vereinbart, unter Einbeziehung Italiens und Kanadas eine neue Gruppe der Sieben Finanzminister zu bilden, die in den Perioden zwischen den jährlichen Gipfeltreffen enger und häufiger zusammenarbeiten wird;
- die sieben Finanzminister aufgefordert, ihre einzelstaatlichen wirtschaftlichen Zielsetzungen und Prognosen mindestens einmal jährlich gemeinsam zu überprüfen und dabei die nachstehenden Kriterien heranzuziehen, um insbesondere deren gegenseitige Verträglichkeit zu prüfen;

mit den Vertretern der Europäischen Gemeinschaften haben sie

- erklärt, daß der Zweck der verbesserten Koordinierung ausdrücklich einschließen sollte, ein inflationsfreies Wirtschaftswachstum zu fördern, marktorientierte Anreize für die Beschäftigung und für produktive Investitionen zu stärken, das internationale Handels- und Investitionssystem zu öffnen sowie größere Stabilität bei den Wechselkursen zu fördern;

- die auf dem Versailler Gipfel von 1982 übernommene Verpflichtung bekräftigt, mit dem IWF bei der Stärkung der multilateralen Überwachung zusammenzuarbeiten, insbesondere unter den Ländern, deren Währungen die Sonderziehungsrechte bilden, und darum ersucht, daß im Rahmen dieser Überwachung und in Zusammenarbeit mit dem geschäftsführenden Direktor des IWF ihre einzelstaatlichen wirtschaftlichen Prognosen überprüft werden sollen, und zwar unter Berücksichtigung von Kriterien wie BSP-Wachstumsraten, Inflationsraten, Zinssätze, Arbeitslosenraten, Anteile der Haushaltsdefizite, Leistungs- und Handelsbilanzen, Geldmengenwachstum, Währungsreserven und Wechselkurse;
- die Finanzminister und Zentralbankpräsidenten aufgefordert, sich bei der multilateralen Überwachung nach Kräften über geeignete Abhilfemaßnahmen zu verständigen, sofern erhebliche Abweichungen vom beabsichtigten Kurs auftreten, sowie die Empfehlung abgegeben, daß sich Abhilfemaßnahmen in erster Linie auf die zugrunde liegenden politischen Rahmenbedingungen konzentrieren, wobei sie ihre auf dem Gipfel von Williamsburg im Jahr 1983 übernommene Verpflichtung bekräftigten, auf den Devisenmärkten einzugreifen, wenn dies hilfreich erscheint.

#### Die Staats- und Regierungschefs

- bitten die Gruppe der Fünf Finanzminister, Kanada und Italien in ihre Tagungen einzubeziehen, wenn Fragen der Handhabung oder der Verbesserung des Weltwährungssystems und damit zusammenhängende wirtschaftspolitische Maßnahmen beraten und behandelt werden;
- fordern die Finanzminister auf, bei ihrer nächsten Tagung über die erzielten Fortschritte zu berichten.

Mit dieser Verbesserung der Koordinierung sollten entsprechende Bemühungen innerhalb der Zehnergruppe einhergehen.

8.

Die Anwendung dieser Politik durch die Industrieländer wird den Entwicklungsländern insoweit helfen, als sie die Weltwirtschaft stärkt, die Voraussetzung für niedrigere Zinsen schafft, die Möglichkeit verstärkter Finanzströme in die Entwicklungsländer eröffnet, den Technologietransfer fördert und den Zugang zu den Märkten der Industrieländer verbessert. Gleichzeitig können sich die Entwicklungsländer, insbesondere die Schuldnerländer, für die Übernahme einer gewichtigeren Rolle in der Weltwirtschaft dadurch am besten in Stand setzen, daß sie leistungsfähige Strukturanpassungspolitiken betreiben und mit Maßnahmen zur Mobilisierung der Binnenersparnisse, zur Förderung der Rückkehr von Kapital, zur Verbesserung des Klimas für Auslandsinvestitionen und zur Stärkung einer offeneren Handelspolitik verbinden. In diesem Zusammenhang sind wir uns insbesondere angesichts der schwierigen Lage der stark vom Export von Grundstoffen abhängigen Länder einig, ihre Bemühungen um eine verstärkte Verarbeitung ihrer Erzeugnisse und die Diversifizierung ihrer Volkswirtschaften zu unterstützen und bei der Gestaltung unserer eigenen Handels- und Binnenwirtschaftspolitik ihre Ausfuhrbedürfnisse zu berücksichtigen.

9.

Private Finanzströme werden auch in Zukunft bei der Deckung ihres Entwicklungsbedarfs eine bedeutsame Rolle spielen. Wir bekräftigen unseren Willen, die öffentlichen Finanzströme an Entwicklungsländer bilateral und multilateral aufrechtzuerhalten und dort, wo dies angezeigt ist, auszuweiten. In diesem Zusammenhang messen wir der baldigen und substantiellen achten Wiederauffüllung der Internationalen Entwicklungsorganisation (IDA) und – wenn angemessen – einer generellen Kapitalaufstockung der Weltbank große Bedeutung bei. Fortschritten bei der Aktivierung der Multilateral Investment Guarantee Agency sehen wir entgegen.

10.

Wir unterstreichen erneut die Bedeutung des Einzelfallprinzips bei der Behandlung internationaler Schuldenprobleme. Wir begrüßen die Fortschritte bei der Entwicklung der kooperativen Schuldenstrategie, insbesondere aufbauend auf der amerikanischen Initiative. Die internationalen Finanzinstitutionen einschließlich der multilateralen Entwicklungsbanken werden weiterhin eine zentrale Rolle spielen, und wir begrüßen die Schritte in Richtung auf eine engere Zusammenarbeit zwischen ihnen und insbesondere zwischen dem IWF und der Weltbank. Solide Anpassungsprogramme bedürfen zudem der Wiederaufnahme der kommerziellen Bankanleihetätigkeit, der Flexibilität bei der Umschuldung und des angemessenen Zugangs zu Ausfuhrkrediten.

11.

Wir begrüßen die Verbesserung, die in der Ernährungslage in Afrika eingetreten ist. Dennoch benötigen einige afrikanische Länder weiterhin Soforthilfe, und wir sind zur Hilfeleistung bereit. Ganz allgemein weisen wir der Linderung der Nöte Afrikas hohe Priorität zu. Die im Bericht über Hilfe für Afrika, den unsere Außenminister verabschiedet und uns vorgelegt haben, genannten Maßnahmen sollten zügig verwirklicht werden. Die Hilfeleistung sollte sich insbesondere auf die mittel- und langfristige Wirtschaftsentwicklung dieser Länder konzentrieren. In diesem Zusammenhang messen wir der fortgesetzten Zusammenarbeit mittels der Sonderfazilität für Subsahara-Afrika-Länder, einer baldigen Verwirklichung der neuerrichteten Strukturanpassungsfazilität des IWF und der Nutzung von IDA große Bedeutung bei. Wir haben die Absicht, an der bevorstehenden Afrika-Sondertagung der VN aktiv teilzunehmen, die die Grundlage für die langfristige Entwicklung der Region erstellen soll.

12.

Das offene multilaterale Handelssystem ist einer der Schlüssel zur Leistungsfähigkeit und Expansion der Weltwirtschaft. Wir bekräftigen unsere Verpflichtung, den Protektionismus einzudämmen und umzukehren und Handelsbeschränkungen zu senken und abzubauen. Wir befürworten die Stärkung des Systems und des Funktionierens des GATT, seine Anpassung an Neuentwicklungen im Welthandel und an das weltwirtschaftliche Klima und die Unterstellung neuer Problemkreise unter internationale Disziplin. Die neue Runde soll sich unter anderem den Fragen des Handels mit Dienstleistungen

und der handelsrelevanten Aspekte geistiger Eigentumsrechte sowie Auslands-Direktinvestitionen zuwenden. Eine weitere Handelsliberalisierung ist unserer Auffassung nach für die Entwicklungsländer nicht weniger wichtig als für uns selbst, und wir bekennen uns voll und ganz zu dem Vorbereitungsprozeß im GATT für den baldigen Beginn der neuen Runde multilateraler Handelsverhandlungen. Bei der Ministertagung im September werden wir auf entschiedene Fortschritte in dieser Richtung hinwirken.

13.

Mit Besorgnis stellen wir fest, daß heute bei einigen wichtigen Agrarerzeugnissen eine globale strukturelle Überschusssituation herrscht, die teils auf technische Verbesserungen, teils auf Veränderungen der Weltmarktlage und teils auf eine langjährige Politik der innerstaatlichen Subventionierung und des Schutzes der Landwirtschaft in allen unseren Ländern zurückgeht. Das schadet der Wirtschaft gewisser Entwicklungsländer und dürfte die Gefahr ausgedehnteren protektionistischen Drucks verschärfen. Vor diesem Problem stehen wir alle, und es läßt sich nur durch gegenseitige Zusammenarbeit bewältigen. Wir alle kennen die Bedeutung der Landwirtschaft für das Wohlergehen ländlicher Gemeinschaften, sind uns aber einig, daß bei Vorliegen von Überschüssen Handlungsbedarf besteht, damit im Lichte der Weltnachfrage die Politik umgeschichtet und die Struktur der Agrarerzeugung angepaßt wird. Wir erkennen, wie wichtig ein Verständnis dieser Problematik ist, und sind fest entschlossen, die Arbeit der OECD in diesem Bereich voll und ganz zu unterstützen.

14.

Da der neuerliche Ölpreyrückgang weitgehend der von uns im vergangenen Jahrzehnt verfolgten gemeinsamen Energiepolitik zu verdanken ist, sind wir uns der Notwendigkeit einer kontinuierlichen Politik zur Erzielung langfristiger Stabilität des Energiemarkts und gesicherter Energieversorgung bewußt. Wir stellen fest, daß die derzeitige Lage auf dem Erdölmarkt den Ländern, die dies wünschen, eine Vergrößerung der Vorratslager ermöglicht.

15.

Wir unterstreichen die Bedeutung von Wissenschaft und Technik für ein dynamisches Wachstum der Weltwirtschaft und nehmen befriedigt den Schlußbericht der Arbeitsgruppe Technik, Wachstum und Beschäftigung zur Kenntnis. Wir begrüßen die Fortschritte beim amerikanischen Programm für eine bemannte Raumstation und bei der eigenständigen Arbeit der Europäischen Weltraumorganisation (EWO). Wir betonen die Bedeutung echter Partnerschaft und angemessenen Informations-, Erfahrungs- und Technologieaustauschs unter den teilnehmenden Staaten. Desgleichen nehmen wir die Ergebnisse des von der Bundesrepublik Deutschland ausgerichteten Symposiums über Neurowissenschaften und Ethik mit Befriedigung zur Kenntnis und begrüßen den Beschluß der kanadischen Regierung, zur nächsten Zusammenkunft einzuladen.

16.

Wir bekräftigen die uns gemeinsam mit anderen Regierungen obliegende Verantwortung, die natürliche Umwelt zu

bewahren, und messen der internationalen Zusammenarbeit bei der wirksamen Verhinderung und Eindämmung der Umweltverschmutzung und beim Umgang mit natürlichen Hilfsquellen weiterhin großen Wert bei. Diesbezüglich nehmen wir die Arbeit der Umweltfachleute über die Verbesserung und Harmonisierung der Umweltmeßtechniken und -verfahren zur Kenntnis und fordern sie auf, möglichst bald zu berichten. Wir sehen auch die Notwendigkeit, die umweltpolitische Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern zu stärken.

17.

Wir haben vereinbart, uns 1987 erneut zu treffen, und haben dazu die Einladung des Ministerpräsidenten der italienischen Regierung nach Italien angenommen.